Verordnungsblatt.

Herausgegeben vom

Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Ausgegeben und versendet am 30. Mai 1885.)

Inhalt: I. Reichs- und Landesgesetze und Verordnungen: 1. Gesetz v. 11. April 1885, R. G. Bl. Nr. 41, betr. die Ausdehnung der nach Art. IV und V des Gesetzes v. 7. Juni 1881, R. G. Bl. Nr. 49, eintretenden Begünstigungen der Grundsteuerträger. — 2. Gesetz v. 14. Apr. 1885, R. G. Bl. Nr. 43, betr. die Abänderung des Gesetzes v. 27. März 1880, R. G. Bl. Nr. 151 (Besteuerung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und Vorschusscassen). — 3. Verordnung des Justizministeriums v. 21. Apr. 1885, R. G. Bl. Nr. 46, betr. die Zuweisung von Lustizza zum Bezirksgerichte Castellnovo. — 4. Gesetz v. 23. März 1885, R. G. Bl. Nr. 48, betr. das Pfandleihergewerbe. — 5. Ministerialverordnung v. 24. Apr. 1885, R. G. Bl. Nr. 49, betr. denselben Gegenstand. — 6. Gesetz v. 15. Apr. 1885, R. G. Bl. Nr. 51, betr. die Steuer- und Gebührenfreiheit der auf Wechselseitigkeit beruhenden Vereine. — 7. Verzeichnis der außerdem im Reichsgesetzblatte erschienenen Gesetze und Verordnungen. — 8. Gesetz v. 3. März 1885, L. G. u. B. Bl. Nr. 29, betr. Abänderungen der Gesetze über die Schonzeit des Wildes. — 9. Statthaltereikundmachung v. 16. März 1885, L. G. u. B. Bl. 31, betr. die Verpflegsgebühren in den öffentlichen Spitälern Dalmatiens und im Irrenhause in Sebenico pro 1885. — 10. Statthaltereikundmachung v. 24. März 1885, L. G. u. B. Bl. Nr. 32, betr. die Verpflegsgebühren in den galizischen öffentl. Krankenanstalten. — 11. Verzeichniß der außerdem im Landesgesetz- und Verordnungsblatte erschienenen Gesetze und Verordnungen. — 12. Statthaltereierlaß v. 10. Juni 1884, Z. 3447, betr. die Verlautbarungen im Amtsblatte der Wiener-Zeitung. — 13. Statthaltereierlaß v. 11. Jän. 1885, Z. 1417, betr. die Verständigung der Gewerksbehörden und des Gewerbe-Inspectors von Unfällen im Fabriksbetriebe. — 14. Statthaltereierlaß v. 28. März 1885, Z. 15071, betr. die Führung des kais. Adlers von mit dem Hofitel ausgezeichneten Gewerbetreibenden. — 15. Statthaltereierlaß v. 17. Apr. 1885, Z. 6292, betr. die gewerbepolizeiliche Regelung des freien Lohnfuhrergewerbes. — 16. Finanz-Landes-Directions-Erlaß v. 29. Apr. 1885, Z. 2480, betr. die Steuernachrichtsanträge und Zufristungsgesuche. — II. Gemeinderathsbeschlüsse.

I.

Reichs- und Landesgesetze und Verordnungen.

1.

Gesetz vom 11. April 1885,

betreffend die Ausdehnung der nach Artikel IV und V des Gesetzes vom 7. Juni 1881 (R. G. Bl. Nr. 49) eintretenden Begünstigungen der Grundsteuerträger.

(R. G. Bl. vom 21. April 1885, Nr. 41.)

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Die Begünstigungen, welche nach Artikel IV des Gesetzes vom 7. Juni 1881 (R. G. Bl. Nr. 49) den Grundsteuerträgern eingeräumt sind, bleiben auch bei Besitzübertragungen aufrecht, welche von Eltern an ihre Kinder und zugleich an die mit letzteren die Ehe eingehenden oder durch die Ehe bereits verbundenen Personen stattfinden.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit und hat auch auf alle jene seit dem 1. Jänner 1881 eingetretenen Besitzveränderungen der im Artikel I bezeichneten Art mit Rückwirkung auf die Steuerbemessung vom Jahre 1882 angefangen, Anwendung zu finden, bezüglich welcher der Anspruch auf Begünstigung bereits erhoben wurde oder binnen sechs Wochen nach Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes von dem Betheiligten bei dem Steueramte, in dessen Bezirke die betreffende Realität gelegen ist, erhoben wird.

Artikel III.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Finanzminister beauftragt.

Wien, am 11. April 1885.

Franz Joseph m. p.

Caaffe m. p.

Dunajewski m. p.

2.

Gesetz vom 14. April 1885,

betreffend Aenderungen der §§. 1 und 2 des Gesetzes vom 27. December 1880 (R. G. Bl. Nr. 151), betreffend Abänderungen der Erwerb- und Einkommensteuergesetze und Vorschriften in ihrer Anwendung auf Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und Vorschusscassen.

(R. G. Bl. vom 14. April 1885, Nr. 43.)

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Die Bestimmungen der §§. 1 und 2 des Gesetzes vom 27. December 1880 (R. G. Bl. Nr. 151) treten außer Wirksamkeit und haben zu lauten:

§. 1.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes haben Anwendung zu finden:

1. Auf die dem Gesetze vom 9. April 1873 (R. G. Bl. Nr. 70) gemäß registrirten und die sonstigen auf dem Principe der Selbsthilfe beruhenden, nicht registrirten, selbstständigen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften (Vorschuss- und Creditvereine, Consum-, Rohstoff- und Magazinsvereine, Bau-, Wohnungs- und Werksgenossenschaften und dergl.), welche ihren Geschäftsbetrieb statutenmäßig auf die eigenen Mitglieder beschränken, auch

wenn sie von Nichtmitgliedern Darlehen aufnehmen, Waaren kaufen oder ihre Cassenbestände bei zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und Anstalten anlegen;

2. auf die im Grunde besonderer Landesgesetze aus den Contributions- und den Steuergeldfonds entstandenen Vorschusscassen;

3. auf die Gemeindevorschusscassen.

§. 2.

I.

Die ziffermäßige Grundlage zur Bemessung der Einkommensteuer bildet der in dem dem Steuerjahre vorangegangenen Geschäftsjahre erzielte, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu berechnende Reinertrag der betriebenen Unternehmung.

Das Reinerträgniß bilden die bilanzmäßigen Ueberschüsse, welche als Zinsen, Dividenden, Tantiemen oder unter welchem Namen immer zur Vertheilung gelangen, in Reservefonde hinterlegt oder auf künftige Rechnung vorgetragen werden.

Uebrigens sind in der Besteuerungsgrundlage jene Beträge einzubeziehen, welche, ohne in den bilanzmäßig ausgewiesenen Ueberschüssen inbegriffen zu sein, aus den Erträgnissen des Geschäftsjahres zu einem der im vorigen Absätze ausdrücklich benannten oder der im Folgenden weiter namhaft gemachten Zwecke verwendet werden:

- a) zur Vergrößerung des in der Unternehmung angelegten Capitals;
- b) zur Rückzahlung von Capitalseinlagen, von hypothecirten und anderen Capitalien aus den bilanzmäßig nicht ausgewiesenen Erträgnissen;
- c) zur Verzinsung der auf dem Realbesitze der Unternehmung hypothecirten Capitalien;
- d) zu Spenden, Geschenken und anderweitigen Widmungen, welche weder durch den Geschäftsbetrieb verursacht sind, noch auch bestehenden Wohlthätigkeitsanstalten zugewendet werden;
- e) zur Zahlung der auf Grund dieses Gesetzes zu entrichtenden Einkommensteuer.

Der in einem Jahre entstandene und auf das nächstfolgende Jahr vorgetragene Verlust darf in diesem Jahre, aber nicht in den späteren Jahren vom Erträgnisse in Abschlag gebracht werden.

II.

In die Besteuerungsgrundlage sind insbesondere nicht einzubeziehen, beziehungsweise von den bilanzmäßigen Ueberschüssen in Abzug zu bringen:

- a) die bilanzmäßigen Gewinnvorträge aus den Vorjahren;
- b) Die Erträge aus Grund- und Gebäudesteuerobjecten, in dem nach Abschlag der für dieselben bestrittenen Auslagen verbleibenden Beträge;
- c) die festen Gehalte, sowie Remunerationen, welche einzelne Vereins-, Vorstands- und Aufsichtsrathsmitglieder für ihre dem Vereine geleisteten Dienste erhalten;
- d) die Zinsen der in der Unternehmung verwendeten fremden Capitalien (mit Ausnahme der sub I, Alinea 3 c angeführten), welche der Genossenschaft von Mitgliedern oder Nichtmitgliedern dargeliehen worden sind;
- e) jene Theile des Erträgnisses, welche wegen Abnützung des Inventars oder Betriebsmaterials oder wegen der beim Geschäftsbetriebe eingetretenen Substanz- oder anderen Verluste zur Abschreibung gelangen, oder zur Bildung eigener Fonde (Abschreibungs-, Amortisations-, Verlustreserveconti und dergl.) verwendet werden.

Eine Besteuerung dieser Fonde hat erst dann einzutreten, wenn und insoweit dieselben einer der im Alinea 2 und 3 benannten Verwendungsarten zugeführt werden, worunter jedoch die Vertheilung des Anlagecapitals bei Auflösung des Vereines niemals zu begreifen ist.

Die aus diesen Fonden bestrittenen Kosten dürfen in die allgemeine Betriebsrechnung nicht eingestellt werden.

Im Falle einer besonderen verzinsslichen Anlage dieser Fonde sind die erzielten Zinsen, soweit dieselben nicht zur Bestreitung der diesen Fonden nach ihrer speciellen Widmung zur Last fallenden Auslagen in Anspruch genommen werden, im Jahreserträgnisse zu verrechnen.

f) Bei den im §. 1, Alinea 2, genannten Vorschußcassen die Zinsen von Hypothekar-Activcapitalien.

Sind keine bilanzmäßigen Ueberschüsse vorhanden, so sind nur die im Alinea 3 erwähnten Beträge, unter Gegenrechnung der aus den Einnahmen auszuscheidenden Beträge und des Verlustsaldo, zu berücksichtigen.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt vom 1. Jänner 1885 in Wirksamkeit und findet auf alle Einkommensteuervorschreibungen Anwendung, welche mit diesem Zeitpunkte noch nicht in Rechtskraft getreten sind.

Artikel III.

Mein Finanzminister ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am 14. April 1885.

Franz Joseph m. p.

Caaffe m. p.

Hunajewski m. p.

3.

Verordnung des Justizministeriums vom 21. April 1885,
betreffend die Zuweisung der Gemeinde Lustizza zu dem Sprengel des Bezirksgerichtes
Castelnuovo in Dalmatien.

(R. G. Bl. vom 25. April 1885, Nr. 46.)

Auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1868 (R. G. Bl. Nr. 59) wird die Gemeinde Lustizza aus dem Sprengel des städtisch-delegirten Bezirksgerichtes Cattaro ausgeschieden und jenem des Bezirksgerichtes Castelnuovo zugewiesen.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1886 in Wirksamkeit.

Pražák m. p.

4.

Gesetz vom 23. März 1885,

mit welchem einige Bestimmungen hinsichtlich der Pfandleihergewerbe erlassen werden.

(R. G. Bl. vom 30. April 1885, Nr. 48.)

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Verleihung der Concession zum Betriebe des im §. 15, Z. 13, des Gesetzes vom 15. März 1883 (R. G. Bl. Nr. 39), betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, aufgezählten Pfandleihergewerbes wird in erster Instanz den politischen Landesbehörden übertragen.

Soweit in diesem Gesetze nicht ausdrücklich etwas Anderes angeordnet ist, finden die Bestimmungen der Gewerbeordnung, beziehungsweise des Gesetzes vom 15. März 1883 (R. G. Bl. Nr. 39), betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung auch auf das Pfandleihergewerbe Anwendung; insbesondere tritt die Wirksamkeit der Bestimmungen der §§. 5, 22 und 23 des letzteren Gesetzes in Hinsicht auf die Bewerbung um ein concessionirtes Gewerbe und die besonderen Erfordernisse zum Antritte eines solchen Gewerbes auch bezüglich der Pfandleihergewerbe ein.

Bewirbt sich eine juristische Person (Gemeinde, Verein, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und dergl.) um die Concession für ein solches Gewerbe, so hat sich die Beurtheilung der Verlässlichkeit nur auf die Person des namhaft gemachten Stellvertreters (§. 3 des obcitirten Gesetzes) zu erstrecken.

§. 2.

Der gleichzeitige Betrieb des Pfandleihergewerbes mit einem anderen Gewerbe ist nur gegen besondere Genehmigung der im §. 1 dieses Gesetzes genannten Behörde gestattet.

§. 3.

Vor Beginn des Geschäftsbetriebes hat jeder Inhaber eines Pfandleihergewerbes zu Händen der Gewerbsbehörde erster Instanz eine Caution zu erlegen, deren Höhe in der nachfolgenden Weise bestimmt wird:

I. Für Wien sammt Polizeirayon	8.000 fl.
II. Für Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern und deren Polizeirayon	4.000 „
III. Für Städte mit mindestens 20.000 Einwohnern	2.000 „
IV. Für alle übrigen Orte	1.000 „

Die Caution ist in barem Gelde oder in solchen Werthpapieren, welche nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Anlage von Pupillargeldern geeignet sind, oder durch pupillarmäßige Hypothek zu leisten.

Vor Erlag der Caution darf mit dem Geschäftsbetriebe nicht begonnen werden.

Falls der Gewerbsinhaber der ihm obliegenden Verpflichtung der Cautionsbestellung innerhalb der ihm in der Concession hiezu ertheilten Frist nicht nachkommt, ist die ertheilte Concession als erloschen zu betrachten.

Die Caution dient, unbeschadet der dem Gewerbsinhaber obliegenden persönlichen

Haftung, als Pfand für alle Entschädigungsansprüche, welche aus dem Betriebe des Pfandleihergewerbes gegen den Inhaber desselben erwachsen.

Für andere Forderungen kann die Caution nur unbeschadet des Vorrechtes der bezeichneten Entschädigungsansprüche in Pfand genommen oder in Execution gezogen werden.

Die Befriedigung solcher Forderungen aus der Caution kann erst ein Jahr nach Erwerbung des Pfandrechtes, beziehungsweise nach Erwirkung der Execution, und nur insoweit stattfinden, als nicht vor Erfolgslaffung der Caution bei der Gewerksbehörde Entschädigungsansprüche angemeldet wurden, welche aus dem Betriebe des Pfandleihergewerbes gegen den Inhaber desselben erwachsen sind.

Die Rückstellung der Caution kann erst ein Jahr nach Beendigung des Geschäftsbetriebes, und nur insoweit erfolgen, als nicht Entschädigungsansprüche der bezeichneten Art angemeldet oder anderweitige Rechte dritter Personen an der Caution erworben wurden.

Im Falle der Schmälerung der Caution hat der Gewerksinhaber dieselbe über Aufforderung der Gewerksbehörde innerhalb der ihm hiefür eingeräumten Frist bei sonstiger Entziehung der Concession zu ergänzen.

Einer Schmälerung der Caution ist es gleichzuachten, wenn an derselben durch Einräumung seitens des Eigenthümers oder im Executionswwege ein Pfandrecht erworben wird.

§. 4.

Die Inhaber der in Gemäßheit der vorstehenden Paragraphen concessionirten Pfandleihergewerbe sind berechtigt, zur Hereinbringung der aus ihrem Geschäftsbetriebe entstandenen Forderungen aus den ihnen dafür bestellten Faustpfändern, nach ihrer Wahl sich entweder des im Artikel 310 oder des im Artikel 311 des Handelsgesetzbuches vorgezeichneten Verfahrens zu bedienen, gleichviel, ob die Forderungen Kaufleuten gegenüber aus Handelsgeschäften hervorgegangen sind, und ob eine schriftliche Vereinbarung über die Bestellung des Faustpfandes und über das Verfahren stattgefunden hat oder nicht.

Der nach Artikel 310 des Handelsgesetzbuches erwirkte öffentliche Verkauf des Faustpfandes erfolgt nach Anweisung des §. 47 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche.

Der Gewerksinhaber ist nicht verpflichtet, den Pfandschuldner von der Bewilligung oder von der Vollziehung des Verkaufes zu benachrichtigen.

Der Verkauf darf jedoch in keinem Falle früher als sechs Wochen nach der Verfallszeit erfolgen, und ist der Zeitpunkt desselben in der auf dem Verordnungswege zu bestimmenden Weise öffentlich kundzumachen.

Wird ein von dem Erlöse des Pfandes nach Befriedigung der Pfandforderung verbleibender Überschuß von dem Verpfänder binnen fünf Jahren nach dem Verkaufe nicht behoben, so verfällt dieser Ueberschuß zu Gunsten der Ortsarmen.

Früher erworbene Rechte dritter Personen auf Werthpapiere und andere bewegliche Sachen, welche von einem solchen Gewerksinhaber auf Grund eines zu seinem Gewerksbetriebe gehörigen Geschäftes als ein Vermögen seiner Schuldner übernommen worden sind, gehen den Ansprüchen des Gewerksinhabers in diesem Falle nur dann vor, wenn jene früheren Rechte dem Gewerksinhaber schon bei der Uebergabe bekannt oder doch deutlich erkennbar waren.

§. 5.

Dem Inhaber eines Pfandleihergewerbes ist es nicht gestattet, die ihm verpfändeten Gegenstände weiter zu verpfänden.

Der gewerbsmäßige Ankauf sowie die gewerbsmäßige Belehnung von Pfandscheinen ist verboten.

§. 6.

Die Urkunden, welche über die auf Pfänder ertheilten Vorschüsse ausgestellt werden, unterliegen der Stempelgebühr nach dem Betrage des ertheilten Vorschusses, und zwar wenn die Vorschüsse auf nicht länger als drei Monate ertheilt werden, nach Scala I, wenn sie aber auf längere Zeit ertheilt werden, nach Scala II. Wenn aber die auf Pfänder ertheilten Vorschüsse den Betrag von 5 fl. nicht übersteigen, so sind die darüber ausgestellten Urkunden unbedingt gebührenfrei.

Jede Prolongation unterliegt nach Maßgabe der obigen Bestimmungen derselben Gebühr wie die erste Ertheilung eines Vorschusses.

Die Inhaber der Pfandleihergewerbe haben diese Gebühren von den Parteien einzuhellen und monatlich nachhinein an die Gefällscasse des Bezirkes, in welchen sie ihren Wohnsitz haben, unmittelbar zu entrichten.

Die Bestimmungen der §§. 5 und 12 des Gesetzes vom 13. December 1862 (R. G. Bl. Nr. 89) haben diesfalls volle Anwendung zu finden.

§. 7.

Die im §. 54, Alinea 1 des Gesetzes vom 15. März 1883 (R. G. Bl. Nr. 39), betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung vorgesehene Verordnung darüber, in welcher Weise die Inhaber von Pfandleihergewerben ihre Bücher zu führen und welcher polizeilichen Controle über den Umfang und die Art ihres Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen haben, ist gleichzeitig mit dem Inlebensreten dieses Gesetzes zu erlassen.

Diese Verordnung hat auch Bestimmungen darüber zu enthalten, auf welche Weise die von jedem Inhaber eines Pfandleihergewerbes der Verleihungsbehörde zur Bestätigung vorzulegende Geschäftsordnung, in der namentlich die Höhe der von dem Gewerbsinhaber zu seinem Geschäftsbetriebe beanspruchten Zinsen und Nebengebühren genau festgesetzt sein muß, den Kunden durch Affichirung in seinem Geschäftslocale zur Kenntniß gebracht wird.

§. 8.

Uebertretungen dieses Gesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Verordnungen sind, soferne sie nicht die Vorschrift des §. 6 betreffen, nach den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung zu ahnden.

§. 9.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit tritt, sind Meine Minister des Handels, des Innern, der Finanzen und der Justiz betraut.

Wien, am 23. März 1885.

Franz Josef m. p.

Caaffe m. p.

Pražák m. p.

Dunajewski m. p.

Pino m. p.

5.

Verordnung der Ministerien des Handels, des Innern, der Finanzen und
der Justiz vom 24. April 1885,

betreffend den Betrieb des Pfandleihergewerbes.

(R. G. Bl. vom 24. April 1885, Nr. 49.)

Auf Grund des §. 54, Alinea 1, des Gesetzes vom 15. März 1883 (R. G. Bl. Nr. 39), betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbe-Ordnung, sowie in Durchführung des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48), betreffend das Pfandleihergewerbe, wird verordnet:

§. 1.

Jeder Inhaber eines Pfandleihergewerbes ist verpflichtet, ein Pfandleihbuch zu führen.

Ueber die Verpfändung von Juwelen, Gold- und Silbersachen ist ein besonderes Pfandleihbuch zu führen. Erstreckt der Pfandleiher seinen Gewerbebetrieb auch auf die Verlehnung von Werthpapieren, so ist für diesen Geschäftszweig überdies ein besonderes Pfandleihbuch zu führen. Jedes Pfandleihbuch muß dauerhaft gebunden, durchwegs mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen und am Rücken mit einem starken Faden durchzogen sein.

Vor der Ingebrauchnahme ist jedes Pfandleihbuch, welches an entsprechender Stelle den Namen des Gewerbsinhabers enthalten muß, der Gewerbsbehörde erster Instanz zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen, und hat diese Behörde bei jedem geprüften und bestätigten Pfandleihbuche die Enden des dasselbe durchziehenden Fadens amtlich zu siegeln.

An den Pfandleihbüchern darf durchaus nichts geändert werden, insbesondere kein Blatt herausgenommen oder eingeschaltet werden.

Jede zufällige Verletzung der Blätter, des Fadens oder des Siegels ist der Gewerbsbehörde zur geeigneten Abhilfe anzuzeigen. Correcturen in den Pfandleihbüchern sollen nicht stattfinden.

Wird dennoch eine Correctur nothwendig, so ist das betreffende Wort niemals zu radiren, sondern auf eine solche Art durchzustreichen, daß es noch gelesen werden kann.

Die Pfandleihbücher sind an einem sicheren und feuerfesten Orte aufzubewahren.

§. 2.

Jedes abgeschlossene Pfandleihgeschäft ist in das betreffende Pfandleihbuch deutlich, vollständig und wahrheitsgetreu einzutragen, wobei folgende Punkte ersichtlich zu machen sind:

- a) die laufende Nummer des Pfandstückes;
- b) der Name und die Wohnung des Verpfänders;
- c) die Beschreibung des Pfandstückes; bei Gold und Silber auch das Gewicht und nach Maßgabe des darauf befindlichen amtlichen Probezeichens auch der Feingehalt; bei Werthpapieren die Serie und Nummer der einzelnen Stücke, die Anzahl und der Fälligkeitstermin der Coupons, und eventuell der Name, auf den es lautet;
- d) der Werth des Pfandstückes;
- e) der Betrag des Darlehens;
- f) das Jahr und der Tag des abgeschlossenen Pfandleihgeschäftes;
- g) der Fälligkeitstermin des Darlehens.

Ferner muß jedes Pfandleihbuch mit einer Anmerkungsrubrik versehen sein, in welche alle das einzelne Pfandleihgeschäft betreffenden wesentlichen Vorgänge, wie z. B. die Auslösung, Umsehung des Pfandstückes, die Amortisation des Pfandscheines, die Ausfertigung eines Vormerkscheines u. s. w. eingetragen sind.

§. 3.

Feuergefährliche Gegenstände und Gegenstände, welche nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen, insbesondere alle zum Militärdienste gehörigen Monturs-, Armatur- und Rüstungsgegenstände dürfen zur Verpfändung nicht angenommen werden.

§. 4.

Vor Beginn des Geschäftsbetriebes hat der Pfandleiher die Geschäftsordnung in zehn Exemplaren der Verleihungsbehörde zur Bestätigung vorzulegen.

Die Geschäftsordnung muß im Einklange mit dem Gesetze vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48) und mit der gegenwärtigen Verordnung stehen und hat genaue Bestimmungen über den Vorgang bei der Geschäftsführung, dann den Gebührentarif und das Formular des Pfandscheines zu enthalten.

Vor Bestätigung der Geschäftsordnung darf der Pfandleiher mit dem Geschäftsbetriebe nicht beginnen.

Die Bestätigung ist zu verweigern, wenn sich gegen die Geschäftsordnung vom Standpunkte der bestehenden Vorschriften oder aus polizeilichen Rücksichten Anstände ergeben.

Das gleiche Verfahren hat auch bei beabsichtigten Aenderungen der Geschäftsordnung stattzufinden.

§. 5.

Der Gewerbsinhaber ist verpflichtet, dem Verpfänder über das abgeschlossene Pfandleihgeschäft eine mit seiner Namensunterschrift versehene Bescheinigung (Pfandschein) auszustellen, welche mit der Eintragung in dem Pfandleihbuche (§. 2) wörtlich übereinstimmen muß.

Der Pfandschein hat überdies die für den Verpfänder wesentlichsten Bestimmungen sowohl des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48), als dieser Verordnung und der Geschäftsordnung und insbesondere den Betrag der entfallenden Zinsen und Nebengebühren zu enthalten.

§. 6.

In dem Geschäftslocale des Gewerbsinhabers muß an einer augenfälligen Stelle ein gedrucktes Exemplar des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48) und dieser Verordnung, ferner ein Exemplar der Geschäftsordnung und überdies ein Exemplar des, einen Bestandtheil der letzteren bildenden Gebührentarifes (§. 4) angebracht sein.

§. 7.

Der Gewerbsinhaber ist verpflichtet, den Geschäftsbetrieb in einem thunlichst feuer- und einbruchsicheren Locale auszuüben und ist die Gewerbsbehörde berechtigt, sich hievon die Ueberzeugung zu verschaffen. Der Gewerbsinhaber hat die Verpflichtung, die ihm anvertrauten Pfandobjecte gegen Feuergefährdung zu versichern.

§. 8.

Der Gewerbsinhaber hat alle ihm zugehenden amtlichen Benachrichtigungen über verlorene oder dem Eigenthümer widerrechtlich entfremdete Gegenstände, sowie alle derartigen schriftlichen Benachrichtigungen, welche ihm von Privatpersonen zugehen, nach der Zeitfolge geordnet und mit einem Sachregister versehen, aufzubewahren und den controlirenden behördlichen Organen auf Verlangen vorzulegen.

§. 9.

Wird von dem Verpfänder die Verlängerung des Pfandvertrages (Umsetzung des Pfandes) nachgesucht, und stimmt der Gewerbsinhaber der Verlängerung zu, so ist in der Art zu verfahren, wie wenn es sich um den Abschluß eines neuen Pfandleihgeschäftes handeln würde; es hat eine neue Eintragung in das Pfandleihbuch und die Ausfertigung eines neuen Pfandscheines nach Vorschrift der §§. 2 und 5 gegen Einziehung des alten Pfandscheines stattzufinden.

§. 10.

Geräth ein Pfandschein in Verlust, so hat die Partei mit Angabe ihres Namens und Wohnortes dem Gewerbsinhaber sogleich mündlich oder schriftlich die Verlustanzeige zu machen und den Nachweis zu liefern, daß der Verlust auch bei der Sicherheitsbehörde angemeldet wurde. Der Verlustträger muß die Zeit der geschehenen Einlage des Pfandes, sowie die Dauer und den Betrag des erhaltenen Darlehens bezeichnen und eine genaue Beschreibung des Pfandes liefern.

Stimmt die Beschreibung mit dem hinterlegten Pfande und die angegebenen Daten des Pfandscheines mit den Büchern des Pfandleihers überein, so wird der Verlust des Pfandscheines in den Büchern vorgemerkt und ein Vormerkchein ausgefertigt.

Auf Grund dieses Vormerkcheines kann das Pfand umgesetzt werden. Kommt der Original-Pfandschein binnen Jahresfrist vom Tage der Verlustanzeige nicht zum Vorschein, so kann das Pfand gegen Rückstellung des Vormerkcheines und Berichtigung des Darlehensbetrages, der Zinsen und Nebengebühren ausgefolgt werden, wenn es nicht etwa in Folge unterlassener Umsetzung verfallen ist und veräußert wurde.

Ist das Pfand bereits verfallen und unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften veräußert worden, so kann nur der allenfalls erzielte Mehrerlös (Ueberschuß) behoben werden, sofern derselbe nicht bereits im Grunde der Bestimmungen des §. 4, Alinea 5 des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48) zu Gunsten der Ortsarmen verfallen sein sollte. Vor Ablauf eines Jahres kann das Pfand oder der aus dem Erlöse allenfalls erzielte Ueberschuß nur gegen gleichzeitige Uebergabe des Original-Pfandscheines und des Vormerkcheines aufgefolgt werden.

§. 11.

Nach Ablauf von 14 Tagen vom Verfallstage ist der Besitzer eines Vormerkcheines berechtigt, das Pfand, sofern es noch nicht veräußert worden ist, gegen Rückstellung des Vormerkcheines auszulösen, wenn er außerdem den Schätzungsbetrag des Pfandes bar zur Sicherstellung allfälliger Ansprüche des Inhabers des Pfandscheines bei dem Pfandleiher erlegt.

Diese Sicherstellung wird ohne Interessenvergütung wieder ausgefolgt, wenn binnen Jahresfrist vom Ausstellungstage des Vormerkcheines an gerechnet, der Originalpfandschein nicht zum Vorschein kommt.

§. 12.

Jeder Partei, welche bei Verlust eines Pfandscheines den nach den §§. 10 und 11 dieser Verordnung nöthigen Erfordernissen zur Erlangung eines Vormerkscheines nicht entsprechen kann, oder welcher ein bereits ausgefolgter Vormerkschein in Verlust geräth, steht es frei, die Amortisation des in Verlust gerathenen Pfand- oder Vormerkscheines im gesetzlichen Wege zu erwirken.

Der Amortisationsbewerber hat, sobald der Pfandleiher von der Einleitung des Amortisationsverfahrens gerichtlich verständigt ist, durch Umsetzen dem Verfall des Pfandes und dessen Veräußerung vorzubeugen. Unterläßt er die Umsetzung, so hat er nach erwirkter rechtskräftiger Amortisation des Pfand- oder Vormerkscheines nur Anspruch auf den bei der Veräußerung des Pfandes allenfalls erzielten Mehrerlös (Ueberschuß).

§. 13.

Wenn sich die Inhaber der in Gemäßheit der §§. 1 bis 3 des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48) concessionirten Pfandleihergewerbe zur Hereinbringung der aus ihrem Geschäftsbetriebe entstandenen Forderungen aus den ihnen dafür bestellten Faustpfändern des im Artikel 311 des Handelsgesetzbuches vorgezeichneten Verfahrens bedienen, so sind sie verpflichtet, nebst der Beobachtung der allgemeinen Licitationsvorschriften auch noch die nachstehenden Bestimmungen genau einzuhalten:

1. Der Verpfänder ist berechtigt, das Pfand jederzeit bis zum Zuschlage desselben auszulösen.

Die Zinsen sind nur bis zur Auslösung zu berechnen.

2. Ort und Zeit der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung der zu versteigernden Sachen durch Anschlag vor dem Geschäftslocale und überdies durch einmalige Einschaltung in die amtliche Zeitung oder das von der Gewerksbehörde zu bestimmende Localblatt bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung sind der Name des Pfandleihers und die auf die zu versteigernden Gegenstände entfallenden Nummern des betreffenden Pfandbuches fortlaufend anzugeben.

Die Bekanntmachung muß wenigstens zwei Wochen und höchstens vier Wochen vor dem Tage der Versteigerung erfolgen.

3. Sind mehrere Gegenstände durch denselben Pfandvertrag zum Pfande bestellt, so ist der Verpfänder berechtigt, die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher dieselben zum Verkaufe anzubieten sind, und ist der Verkauf einzustellen, sobald ein Betrag erlöst ist, welcher hinreicht, die Forderung des Pfandleihers an Capital, Zinsen und Nebengebühren zu decken.

4. Das Pfand haftet auch für die Kosten des Verkaufes. Von den gemeinschaftlichen Kosten mehrerer Verkäufe sind diejenigen der Bekanntmachung nach der Zahl der Pfandnummern und jene der Versteigerung nach dem Verhältniß des Erlöses zu vertheilen.

5. Ueber jede Licitation hat der Gewerksinhaber einen genauen Ausweis zu führen, aus welchem das feilgebotene Pfand, die Forderung des Pfandleihers, der Versteigerungserlös, die Licitationsgebühr und der nach Abzug der Forderung des Pfandleihers, sowie der Licitationsgebühr verbleibende Ueberschuß ersichtlich ist.

Der obrigkeitliche Commissär constatirt den Versteigerungserlös jedes einzelnen Pfandes und unterfertigt den Ausweis.

6. Der Pfandleiher hat unverzüglich nach erfolgtem Verkaufe des Pfandes den für den Verpfänder nach Abzug der Pfandschuld sammt Zinsen und Nebengebühren, sowie der Kosten des Pfandverkaufes etwa verbleibenden Ueberschuß des Erlöses an den Verpfänder auszufolgen, oder für denselben nach Ablauf einer sechswöchentlichen Frist die nicht behobenen Beträge unter Anschluß einer Consignation gerichtlich zu erlegen.

7. Der Pfandleiher bleibt dem Verpfänder bei Nichtbeobachtung der vorstehenden Vorschriften für alle dem letzteren hieraus entstehenden Nachtheile verantwortlich und hat bei Nichtbeobachtung der Bestimmungen der Punkte 2, 3 und 5 die Kosten des Verkaufes selbst zu tragen.

§. 14.

Die Pfandleihbücher sind durch zehn Jahre vom Zeitpunkte der letzten Eintragung in dieselben aufzubewahren.

Die Pfand- und Vormerksscheine sind durch fünf Jahre vom Zeitpunkte der Auslösung beziehungsweise Umsezung des Pfandstückes aufzubewahren.

§. 15.

Die Inhaber der Pfandleihgewerbe haben die in dem §. 6 des Gesetzes vom 23. März 1885 (R. G. Bl. Nr. 48) festgesetzten Gebühren in Gemäßheit der §§. 5 und 12 des Gesetzes vom 13. December 1862 (R. G. Bl. Nr. 89) an die Gefällscasse des Bezirkes ihres Wohnsitzes zu entrichten.

Zu diesem Ende haben sie ein mit dem Pfandleihbuche genau übereinstimmendes Journal nach dem Muster (in der Anlage) zu führen, welches zu enthalten hat:

- a) die Postenzahlen des Pfandleihbuches über die gebührenpflichtigen Vorschüsse;
- b) die Dauer des gewährten Vorschusses;
- c) den Werthbetrag desselben;
- d) den Betrag der Gebühr und zwar getrennt, je nachdem er nach Scala I oder Scala II zu bemessen ist, einzeln und am Schlusse jeder Colonne und jedes Journales zusammen.

Prolongationen (§. 6) sind wie neue Pfandleihgeschäfte in das Journal aufzunehmen. Das Journal ist monatlich abzuschließen und als Gegenchein an die Gefällscasse zugleich mit der unmittelbar zu entrichtenden Gebühr innerhalb vierzehn Tage nach Ablauf eines jeden Monates, eventuell der vom Finanzministerium bewilligten längeren Zahlungstermine zu übergeben.

In Ansehung der Stempelpflicht der Pfandleihbücher gelten die Bestimmungen der Stempel- und Gebührengesetze.

§. 16.

In Fällen, wo der Gewerbsinhaber das Geschäft wegen theilweiser oder dauernder Verhinderung nicht versehen kann, ist der Gewerbsbehörde die Anzeige zu machen, welche sohin die aus öffentlichen Rücksichten nothwendigen Verfügungen zu treffen hat.

§. 17.

Die Gewerbsbehörden sind verpflichtet, periodisch Revisionen in den Geschäftslocalen der Pfandleiher vorzunehmen. Auch sind die Organe der Gewerbsbehörden, dann der berufenen landesfürstlichen und der Ortspolizeibehörden jederzeit berechtigt, in den Geschäftslocalen der Pfandleiher Nachschau zu halten, Einsicht in die Bücher zu nehmen, den Geschäftsbetrieb einer Revision zu unterziehen, sowie die Abstellung wahrgenommener Ordnungswidrigkeiten im gesetzlichen Wege zu veranlassen.

6.

Gesetz vom 15. April 1885,
betreffend die Steuer- und Gebührenfreiheit der auf Wechselseitigkeit beruhenden Vereine.

(R. G. Bl. vom 30. April 1885 Nr. 51.)

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichrathes verordne Ich, wie folgt:

§. 1.

Die auf dem Principe der Wechselseitigkeit beruhenden Vereine und genossenschaftlichen Vereinigungen, welche sich die Versicherung von Krankengeldern, Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenspensionen für Arbeiter, Gehilfen und Lehrlinge statutengemäß zur Aufgabe machen (die Arbeiterkranken- und Invalidencassen, Pensions-, Leichen- und Unterstützungsvereine u. dgl. m.) sind, insofern sie keine auf Gewinn berechnete Unternehmung betreiben, von der Erwerbs- und Einkommensteuer befreit, auch dann, wenn sie von Nichtmitgliedern Beiträge und Geschenke erhalten.

§. 2.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Mai 1873 (R. G. Bl. Nr. 87) über die den auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1873 (R. G. Bl. Nr. 70) errichteten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Ansehung der Stempel- und der unmittelbaren Gebühren zukommenden Begünstigungen haben auch auf die im §. 1 dieses Gesetzes erwähnten Vereine Anwendung zu finden.

§. 3.

Die im §. 1 erwähnten Genossenschaften und Vereine sind in Ansehung des beweglichen Vermögens von dem Gebührenäquivalente befreit und unterliegen in Ansehung des unbeweglichen Vermögens dem Gebührenäquivalente in dem Ausmaße von 1½ Percent des Werthes sammt Zuschlag.

§. 4.

Dieses Gesetz tritt, unbeschadet der Steuerpflicht für das Jahr 1885, mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Mit dem Vollzuge ist der Finanzminister beauftragt.

Wien, am 15. April 1885.

Franz Joseph m. p.

Caaffe m. p.

Dunajewski m. p.

7.

Ferner sind im Reichsgesetzblatt erschienen:

- Unter Nr. 9. Gesetz vom 16. Jänner 1885, betreffend die Errichtung des Czarkowski'schen Familien-Fideicommisses.
- " " 10. Gesetz vom 16. Jänner 1885, betreffend die Errichtung des Georg Christian Fürst von Lobkowitz'schen Real-Fideicommisses.
- " " 23. Gesetz vom 3. März 1885, betreffend die Eröffnung eines Nachtrags-credits zum Staatsvoranschlage für das Jahr 1884, behufs Beschaffung einer Residenz für den griechisch-katholischen Bischof in Stanislaw.
- " " 24. Gesetz vom 7. März 1885, betreffend die Ueberlassung der sogenannten St. Wenzel-Strafanstalt nächst Prag an die dortige Stadtgemeinde und den Neubau einer Männer-Strafanstalt nächst Prag.
- " " 27. Gesetz vom 16. März 1885, betreffend die Herstellung eines Gebäudes für das böhmische Staats-Obergymnasium auf der Neustadt in Prag und die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel.
- " " 29. Gesetz vom 7. März 1885, betreffend die Gebührenbefreiung der im Grunde des Landesgesetzes vom 9. December 1883 (L. G. Bl. Nr. 13 ex 1884) über die Karstaufforstung in Görz und Gradisca zu errichtenden Verträge und sonstigen Urkunden.
- " " 30. Gesetz vom 20. März 1885, betreffend die Rückzahlung der auf Grund des Gesetzes vom 3. Mai 1873 (R. G. Bl. Nr. 72) den im Jahre 1873 in Joachimsthal durch Brand Beschädigten aus Staatsmitteln gewährten unverzinslichen Vorschüsse.
- " " 31. Gesetz vom 20. März 1885, betreffend die Rückzahlung der auf Grund des Gesetzes vom 10. Juni 1872 (R. G. Bl. Nr. 75) den durch Heberschwemmungen im Frühjahr 1872 heimgesuchten Gegenden des Königreiches Böhmen aus Staatsmitteln gewährten Vorschüsse.
- " " 32. Gesetz vom 20. März 1885, betreffend die Rückzahlung des auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1871 (R. G. Bl. Nr. 71) den in Tachau durch Heberschwemmung Beschädigten aus Staatsmitteln gewährten Darlehens.
- " " 33. Gesetz vom 31. März 1885, betreffend die Gewährung von Unterstützungen aus Staatsmitteln für die hilfsbedürftigste Bevölkerung in den durch Elementarereignisse im Jahre 1884 heimgesuchten Gegenden von Niederösterreich, Mähren und Schlesien.
- " " 34. Gesetz vom 2. April 1885, womit bestimmt wird, wem die Geldbußen verfallen, welche als Disciplinarstrafen gegen Notare und Notarsubstituten nach §. 158 der Notariatsverordnung vom 25. Juli 1871 (R. G. Bl. Nr. 75) verhängt werden.
- " " 35. Verordnung des Justizministeriums vom 12. April 1885, zur Durchführung des Gesetzes vom 2. April 1885 (R. G. Bl. Nr. 34), welches bestimmt, wem die als Disciplinarstrafen gegen Notare oder Notarsubstituten nach §. 158 der Notariatsordnung verhängten Geldbußen verfallen.

- Unter Nr. 36. Verordnung des Justizministeriums vom 10. April 1885, betreffend die wechselseitige Vollstreckung civilgerichtlicher Erkenntnisse und Entscheidungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie und in dem Canton Waadt.
- " " 37. Uebereinkommen vom 9. August 1883 zwischen der Regierung Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät und der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien zur Regelung der Fischerei im Gardasee.
- " " 38. Verordnung der Ministerien des Ackerbaues, des Innern und der Finanzen vom 7. April 1885 zu dem mit Italien abgeschlossenen Uebereinkommen vom 9. August 1883 (R. G. Bl. Nr. 37 ex 1885), betreffend die Regelung der Fischerei im Gardasee.
- " " 39. Kundmachung des Ministeriums für Landesvertheidigung und des Finanzministeriums vom 10. März 1885, womit die nachträgliche Einreihung der Stadtgemeinde Leipnik in die 7. Classe des Militärzinstarifses (R. G. Bl. 140 ex 1881) verlautbart wird.
- " " 40. Gesetz vom 11. April 1885, betreffend die weitere zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für den Kreisgerichtsprengel Cattaro in Dalmatien.
- " " 42. Gesetz vom 4. April 1885 wegen Abänderung der Staatsgarantie der böhmischen Westbahn und der Bestimmungen über die Einlösung dieser Bahn durch den Staat.
- " " 44. Kaiserliches Patent vom 23. April 1885, betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten des Reichsrathes und die Vornahme der Neuwahlen für dasselbe.
- " " 45. Concessionsurkunde vom 10. März 1885 für die Locomotiv-Eisenbahn von Wien nach Wiener-Neudorf.
- " " 47. Gesetz vom 19. April 1885, mit welchem provisorische Bestimmungen über die Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit erlassen werden.
- " " 50. Gesetz vom 11. April 1885 über die Veräußerung des Aerarialgebäude Consc.-Nr. 799 in der Jakobergasse in Wien.
- " " 52. Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 23. April 1885, mit welcher eine provisorische Abänderung der §§. 42, 12, 93 c und 123 der evangelischen Kirchenverfassung verlautbart wird.

8.

Gesetz vom 3. März 1885,
betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die Schonzeit des Wildes vom 19. Februar 1873 (L. G. Bl. Nr. 31), und des Gesetzes vom 11. Februar 1882 (L. G. Bl. Nr. 36),
wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns.

(L. G. u. B. Bl. vom 8. April 1885 Nr. 29.)

Ueber Antrag des Landtages Meines Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Die Bestimmungen des §. 1 des Gesetzes vom 19. Februar 1873 (L. G. Bl. Nr. 31), Punkte 4, 6 und 7, treten in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft und haben künftighin zu lauten:

4. Rehgeiß vom 1. December bis 30. September.
6. Gase vom 1. Februar bis 31. August.
7. Fasan vom 1. Februar bis 15. September.

Artikel II.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Februar 1882 (L. G. Bl. Nr. 36), Artikel I, Punkt 16, 17, und das zweite Alinea des Artikels II desselben Gesetzes treten in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft und haben künftighin zu lauten:

16. Hirsche vom 1. Februar bis 31. Mai.
17. Thiere und Kälber vom 1. Februar bis 15. September.

Artikel II, zweites Alinea: Wer nach Ablauf von 14 Tagen nach eingetretener Schonzeit Wild, rücksichtlich dessen die Jagd in dieser Zeit untersagt ist, in ganzen Stücken zerlegt oder zum Genuße fertig zubereitet (mit Ausnahme von Conserven) zum Verkaufe herumträgt, in Läden, auf Märkten, in Gasthäusern oder sonst auf irgend eine Art verkauft, oder wer den Verkauf vermittelt, verfällt nebst der Confiscation des Wildes in die im §. 5 angeführten Geldstrafen.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt sofort mit der Kundmachung in Wirksamkeit.

Artikel IV.

Mein Ackerbauminister und Mein Minister des Innern sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am 3. März 1885.

Franz Josef m. p.

Caaffe m. p.

Falkenhayn m. p.

9.

Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 16. März 1885, Z. 10.503,

betreffend die Festsetzung der täglichen Verpflegungsgebühren in den öffentlichen Spitalern Dalmatiens und im Irrenhause in Sebenico für das Jahr 1885.

(L. G. u. B. Bl. vom 8. April 1885 Nr. 31.)

Die k. k. dalmatinische Statthalterei hat laut Note vom 15. Februar 1885, Z. 3640, im Einvernehmen mit dem dalmatinischen Landesauschusse für das Jahr 1885 die Taxen für die Pflege und den Unterhalt der Kranken in den öffentlichen Spitalern Dalmatiens per Tag folgendermaßen festgesetzt, und zwar:

- a) Tägliche Taxe, welche die dalmatinischen Gemeinden für Pflege und Unterhalt ihrer Gemeindeangehörigen rückzuvergüten verpflichtet sind:

Für die ins Spital	Zara	aufgenommenen	43	fr.
" " " "	Spalato	"	47	"
" " " "	Ragusa	"	48 $\frac{1}{2}$	"
" " " "	Sebenico	"	48	"
" " " Irrenhaus	Sebenico	"	57 $\frac{1}{2}$	"

- b) Tägliche Taxe, welche die Fremden, Ausländer, Inquisiten und Verurtheilten, Wöchnerinnen, Schüblinge u. s. f. für erhaltene Pflege und Unterhalt den Spitalern rückzuvergüten verpflichtet sind:

Die ins Spital	Zara	aufgenommenen	67	fr.
" " " "	Spalato	"	71	"
" " " "	Ragusa	"	77	"
" " " "	Sebenico	"	75	"
" " Irrenhaus	Sebenico	"	90	"

- c) Tägliche Taxe, welche die Kranken rückzuvergüten verpflichtet sind, die nicht im Spitale, sondern außerhalb desselben den Unterhalt erhalten:

Die ins Spital	Zara	aufgenommenen	36	fr.
" " " "	Spalato	"	35	"
" " " "	Ragusa	"	44	"
" " " "	Sebenico	"	41	"
" " Irrenhaus	Sebenico	"	37 $\frac{1}{2}$	"

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Possinger m. p.

10.

Rundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 24. März 1885, Z. 11.786, betreffend die Festsetzung der täglichen Verpflegsgebühren in den galizischen öffentlichen Krankenanstalten.

(L. G. u. B. Bl. vom 8. April 1885 Nr. 32.)

Nachstehend wird der mit Note des galizischen Landesauschusses vom 27. Februar 1885, Z. 3865, anher mitgetheilte Ausweis der für das Jahr 1885 in den Heilanstalten Galiziens festgestellten Verpflegstaxen zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

A u s w e i s

über die in den galizischen öffentlichen Krankenanstalten genehmigten Verpflegungstagen für das Jahr 1885.

Name der Krankenanstalt	Verpflegungstagen-Classe					
	I.		II.		III.	
					Erwach- sene	Kinder unter 7 Jahren
	fl	fr	fl	fr.	fr.	fr.
Biala					45	25
Bochnia					51	30
Brody					52	30
Brzezany					55	30
Drohobycz					55	30
Jaśko					50	30
Kolomea					48	25
Krakau für Syphilitische und Irresinnige	3		1	60	80	.
Krakau für sonstige Kranke	2	50	1	25	63	.
Lemberg	3		1	50	84	42
Kulparkow (Irenanstalt)	3		1	50	90	.
Podhajce					52	30
Przemysl					46	20
Rzeszów					52	28
Sambor					60	30
Sanok					60	30
Sandez					54	30
Sniatyn					55	30
Sokal					55	30
Stanislaw					55	30
Stryj					60	35
Tarnopol					51	30
Tarnow					50	30
Wadowice					52	30
Zaleszczyki					50	30
Zloczów					50	30
Zolkiew					50	30

Bossinger m. p.

II.

Ferner sind im Landesgesetz- und Verordnungsblatte erschienen:

- Unter Nr. 3. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 1. Jänner 1885, Z. 60.789, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von 100 Percent übersteigenden Umlagen in den Gemeinden Eilsang und Pyhra.
- " " 5. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 9. Jänner 1885, Z. 744, betreffend die Bewilligung zur Einhebung einer 155percentigen Umlage in der Gemeinde Sloggnitz.
- " " 8. Gesetz vom 2. Jänner 1885, womit der Bezirksstrassenauschuß von Hbbs in Niederösterreich zur Einhebung einer Brückenmauth auf die Dauer von zehn Jahren ermächtigt wird.
- " " 9. Gesetz vom 2. Jänner 1885, mittelst dessen die Zeitdauer der Bestimmung für die Bestreitung der Herstellungs- und Erhaltungskosten in der Feithastrecke von Trautmansdorf abwärts erweitert wird.
- " " 10. Gesetz vom 4. Jänner 1885, womit der Gemeinde Gaming die Einhebung einer Wegmauth auf der Danzerstraße bewilligt wird.
- " " 11. Gesetz vom 12. Jänner 1885, womit der Stadtgemeinde Krems in Niederösterreich die Einhebung einer Pflastermauth auf weitere zehn Jahre bewilligt wird.
- " " 12. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 14. Jänner 1885, Z. 1635, betreffend die der Gemeinde Sieding im politischen Bezirke Neunkirchen ertheilte Bewilligung zur Einhebung einer 249percentigen Umlage auf die directen landesfürstlichen Steuern der nach Sieding eingeschulden Theile für das Jahr 1884.
- " " 14. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns vom 18. Jänner 1885, Z. 2268, betreffend die der Gemeinde Merkenbrechts im politischen Bezirke Zwettl ertheilte Bewilligung zur Einhebung einer 100 Percent der directen Steuern übersteigenden Umlage im Orte Neunzehn für das Jahr 1884.
- " " 15. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 21. Jänner 1885, Z. 3097, betreffend die der Gemeinde Ottakring ertheilte Bewilligung zur Einhebung einer Auflage auf die Häuser und Baustellen des ehemaligen Exercierplatzes in Ottakring, behufs theilweiser Bedeckung des von ihr zur Alsbacheinwölbung geleisteten Beitrages.
- " " 17. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 24. Jänner 1885, Z. 3820, betreffend die der Gemeinde Thomasberg im politischen Bezirke Neunkirchen ertheilte Bewilligung zur Einhebung einer 113percentigen Umlage auf die directen Steuern der nach Sichtenegg eingeschulden Ortstheile für das Jahr 1884.
- " " 19. Gesetz vom 27. Jänner 1885, betreffend die theilweise Abänderung des Landesgesetzes vom 24. Februar 1870, L. G. Bl. XIV, Nr. 22, über die Feststellung einer Concurrenz zur Herstellung und Erhaltung der Regulierungsarbeiten an dem Janabache.

- Unter Nr. 21. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 7. Februar 1885, Z. 5953, betreffend die der Gemeinde Breitenstein ertheilte Bewilligung zur Einhebung einer 186procentigen Umlage auf die directen landesfürstlichen Steuern der nach Klamm eingeschulden Ortstheile für das Jahr 1884.
- „ „ 23. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 17. Februar 1885, Z. 7719, betreffend die den Gemeinden Waldamt mit Stockgrund, Tering, Kollmitzgraben, Blindenmarkt und Nonndorf für das Jahr 1884, der Gemeinde Kollmitzgraben auch für die Jahr 1883 und 1885 ertheilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Percent der directen Steuern übersteigenden Umlagen.
- „ „ 26. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 24. Februar 1885, Z. 9037, betreffend die Bewilligung zur Einhebung von Todtenbeschaugebühren in 36 Gemeinden.
- „ „ 30. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns vom 7. März 1885, Z. 10.720, betreffend die Bewilligung zur Einhebung einer höheren Todtenbeschaugebühr in den Gemeinden Puch und Schlatten, sowie einer erhöhten Umlage in der Gemeinde Schlatten.

12.

Erlaß der k. k. u. ö. Statthalterei vom 10. Juni 1884, Z. 3447,
betreffend Vorschriften rücksichtlich der zur Veröffentlichung im Amtsblatte der Wiener-
Zeitung bestimmten Kundmachungen.

Mit dem h. o. Erlasse vom 14. November 1883, Z. 7437/Pr., wurde das Magistrats-Präsidium ersucht, die Veranlassung zu treffen, daß die zur Veröffentlichung im Amtsblatte der Wiener-Zeitung bestimmten Kundmachungen stets mit möglichster Kürze und Präcision abgefaßt und auf solche Art die für die Direction der genannten Zeitung durch die unentgeltliche Einschaltung dieser Verlautbarungen entfallenden Auslagen nach Thunlichkeit eingeschränkt werden.

Nachdem jedoch laut Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 14. Mai 1884, Z. 2084, ein Erfolg dieser Weisung bisher nicht wahrzunehmen ist, wird dieselbe zur genauesten Darnachachtung mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß in die Kundmachungen nur die streng wesentlichen Umstände aufzunehmen sind und sich jedes entbehrlichen Beisatzes zu enthalten ist.

13.

Erlaß der k. k. u. ö. Statthalterei vom 11. Jänner 1885, Z. 1417, an die k. k. Polizei-Direction in Wien,
betreffend die Verständigung der Gewerksbehörden und des k. k. Gewerbe-Inspectors von den Unfällen im Fabriksbetriebe.

Mit dem h. o. Erlasse vom 4. November 1884, Z. 51552, wurde verordnet, daß seitens der k. k. Polizei-Commissariate und Exposituren im Wiener Polizei-Rayon von allen ihnen zur Kenntniß gelangenden Unfällen, welche sich im Betriebe von Gewerben oder Fabriken ereignen, im kürzesten Wege an die betreffende Gewerksbehörde zu ihrer eigenen Wissenschaft und zur Verständigung des k. k. Gewerbe-Inspectors die Mittheilung zu machen sei.

Nachdem aus mehrfachen Rücksichten ein großes Gewicht darauf gelegt werden muß, daß der k. k. Gewerbe-Inspector von derlei Unfällen so bald wie möglich Kenntniß erlange, wird die obige Anordnung dahin erläutert, daß die k. k. Polizei-Commissariate und Exposituren die erwähnte Mittheilung von im Gewerbe- und Fabriksbetriebe vorkommenden Unfällen sogleich an die betreffenden Gewerksbehörden zu machen, gleichzeitig aber hievon unmittelbar und im kürzesten Wege den für den Wiener Polizei-Rayon bestellten k. k. Gewerbe-Inspector Michael Kulka in Wien, I., Bäckerstraße 16, in die Kenntniß zu setzen haben.

Die k. k. Polizei-Direction wird aufgefordert, in diesem Sinne die unterstehenden k. k. Polizei-Commissariate und Exposituren unverweilt anzuweisen.

14.

Erlaß der k. k. u. ö. Statthalterei vom 28. März 1885, Z. 15.071, betreffend die Führung des kaiserlichen Adlers von mit dem Hofitel ausgezeichneten Gewerbetreibenden.

Unter Rückschluß der Beilagen des Berichtes vom 27. März 1885, Z. 311.321, betreffend die Verhandlung gegen den Gummiwaarenverschleißer J. M. Sch. wegen Ueberschreitung seines Gewerksbefugnisses, wird dem Wiener Magistrate eröffnet, daß laut Mittheilung des k. k. Oberstallmeisteramtes vom 25. d. M., Z. 232, die Verleihung von Hofiteln an Gewerbetreibende mit der Auszeichnung, den kaiserlichen Adler und der das Geschäft anzeigenden Umschrift im Schilde zu führen, jedoch keineswegs sich eines Siegels zu bedienen, welches das k. k. Wappen und eine die Beschäftigung anzeigende Umschrift enthält, ein über hundert Jahre bestehendes Prærogativ des k. k. ersten Obersthofmeisters Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät sowohl, als auch des k. k. Oberstallmeisters ist, und daß Seine kaiserliche und königliche apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 19. Mai 1877 ein neues Regulativ, betreffend die Einführung einer Taxe für die Verleihung des k. k. Hofitels allergnädigst zu genehmigen geruht haben.

Es ist sonach die Berechtigung der beiden obersten Hofstellen zur Verleihung des Befugnisses zur Führung des kaiserlichen Adlers im Schilde, die, nebenbei bemerkt, mit der

nach §. 58 und 142 der Gewerbe-Ordnung im Wirkungskreise der k. k. Statthalterei liegenden gleichen Berechtigung keineswegs im Widerspruche steht, weil beide neben einander bestehen können, nicht weiter in Frage zu stellen.

Was den vorliegenden concreten Fall betrifft, so erfolgte die Verleihung des Titels eines Hof-Fabrikanten an J. N. Sch. auf Grund einer damals von der k. k. Polizeidirection erstatteten Auskunft, worin das Sch.'sche Etablissement als „Fabriksetablissement“ bezeichnet war.

Die gegen den Genannten anhängige Verhandlung wegen angeblicher Ueberschreitung seiner Gewerbsberechtigung ist daher ohne Bezug auf die vorbesprochenen Punkte ihrer Finalisirung zuzuführen.

15.

Erlaß der k. k. u. ö. Statthalterei vom 17. April 1885, Z. 6292,
betreffend die gewerbepolizeiliche Regelung des freien Lohnfuhrgewerbes im Polizeirayon
Wien.

Aus Anlaß wiederholter Beschwerden der Genossenschaft der Wiener Fiaker über die ihre Gewerbe-Interessen schädigenden Uebergriffe und Gewerbsauschreitungen seitens der Inhaber von unnumerirten Lohnfuhrwerken in Wien und zumeist in den Vororten, sowie zum Zwecke der Herstellung einer wirksamen Controle über das gesammte unnumerirte Lohnfuhrwerk im Wiener Polizeirayon sieht sich die Statthalterei auf Grund der diesfalls eingehend durchgeführten Verhandlung veranlaßt, die bereits mit dem Statthaltereierlasse vom 16. October 1874, Z. 26.357, für das Gemeindegebiet von Wien ergangene Vorschrift, betreffend eine entsprechende Markirung der unnumerirten Lohnfuhrwägen und der ausschließlichen Verwendung von mit polizeilichen Fahrbolleten versehenen Kutschern nunmehr auf den ganzen Wiener Polizeirayon und auf die unnumerirten Fiaker auszudehnen.

Es wird sonach unter Außerkraftsetzung des obigen Erlasses verordnet:

1. Jeder zum Personentransporte bestimmte unnumerirte Wagen (Stadtlohn-, Landkutscher-, Lohnkutscher- und Hotelwägen) der Lohnfuhrwerksinhaber im ganzen Wiener Polizeirayon, sowie jeder unnumerirte Fiakerwagen muß mit einer auf dem Kutschbocke unter dem Sitzpolster dauernd angebrachten Blechnummer versehen sein, welche auf jedesmaliges Verlangen der öffentlichen Sicherheitsorgane vorzuweisen ist.

Diese Blechmarken werden von dem Lohnwagenamte der k. k. Polizeidirection gegen Bezahlung der Gestehungskosten ausgegeben und daselbst an den vorzuführenden Wägen befestigt und in Evidenz gehalten.

2. Als Kutscher beim Betriebe aller dieser Wägen darf nur derjenige verwendet werden, der wenigstens 18 Jahre alt, hinreichend kräftig, nicht dem Trunke ergeben und mit keinem ekelhaften körperlichen Gebrechen behaftet, unbescholten, des Fahrens kundig ist und genügende Platzkenntnisse besitzt, weshalb er zur Erweisung der beiden letzteren Eigenschaften sich vor dem Dienstantritte einer Prüfung (Probefahrt) zu unterziehen hat. Die gleiche Befähigung haben auch die Gewerbsinhaber zu erweisen, falls sie ihren Wagen selbst führen wollen.

3. Jeder in solcher Weise geprüfte Kutscher oder Gewerbsinhaber erhält, wenn er für tauglich erkannt wird, von der k. k. Polizeidirection eine Fahrbollete, vor deren

Lösung der Kutscher nicht zum Fahrdienst verwendet werden, beziehungsweise der Gewerbsinhaber nicht selbst fahren darf, und welche der Wagenlenker bei jeder Fahrt mit sich zu tragen hat. Der Inhaber von mehreren Gattungen öffentlicher Personentransportwerke kann für sich oder seinen Kutscher bezüglich jeder Wagenkategorie Fahrkolletten ausgestellt erhalten. Es versteht sich aber von selbst, daß der Wagenlenker stets jene Fahrkollette bei sich zu tragen hat, die der jeweiligen Wagenkategorie entspricht.

Die Fahrkolletten sind, wenn der Gewerbsinhaber das Selbstfahren aufgibt oder beim Dienstaustritte des betreffenden Kutschers stets sogleich und zwar längstens innerhalb 24 Stunden der k. k. Polizeidirection zurückzustellen.

4. Jeder Inhaber des freien Lohnfuhrergewerbes hat bei Hause ein Verzeichniß seiner Kutscher zu führen, welches deren Nationale, den Tag des Dienst-Ein- oder Austrittes und ihre tägliche Verwendung zu enthalten hat, um jederzeit constatiren zu können, welcher Kutscher zur bestimmten Zeit mit der bestimmten Nummer gefahren ist.

5. Die Uebertretungen dieser Verordnung werden, insoferne sie nicht unter das allgemeine Strafgesetz fallen, von der k. k. Polizeidirection nach der h. Ministerialverordnung vom 30. September 1857, R. G. Bl. Nr. 198, bestraft.

6. Wegen Ausschreitungen gegen das Publicum, wegen Trunkenheit oder exzessiven Benehmens gegen die Sicherheitswache, wegen Schnellfahrens, wegen eines Verbrechens, Vergehens oder einer Uebertretung aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit, sowie wegen Schleichhandels kann gegen den Gewerbsinhaber oder dessen Kutscher das Fahrverbot als selbstständige Strafe oder als Strafverschärfung für die Dauer von 8 Tagen bis zu 2 Jahren oder für immer von der k. k. Polizeidirection verhängt werden.

Die Durchführung und Handhabung dieser Verordnung obliegt der k. k. Polizeidirection, welche diesfalls den unterstehenden k. k. Polizeicommissariaten und Exposituren die entsprechenden Weisungen zu ertheilen und ihre Maßregeln derartig zu treffen hat, daß die Verordnung längstens am 1. Juli l. J. ins Leben treten kann.

Die genaue Einhaltung der Verordnung ist durch zeitweilige allgemeine und gelegentliche Einzelrevisionen zu überwachen, welche letztere aber in einer Weise vorzunehmen sind, daß jede Belästigung des fahrenden Publicums vermieden wird.

Der Wiener Magistrat und die k. k. Bezirkshauptmannschaften Sechshaus, Hernals, Korneuburg, Groß-Enzersdorf und Bruck a. d. Leitha werden gleichzeitig beauftragt, die in ihrem Bezirke befindlichen Inhaber des freien Lohnfuhrergewerbes für den Personentransport in geeigneter Weise von dem Inhalte der vorstehenden Verordnung zu verständigen.

Der Wiener Magistrat wird außerdem noch aufgefordert, der Vorstehung der Genossenschaft der Fiaker gleichfalls von dieser Verfügung, durch welche ihre wiederholten Petitionen um Regelung des Betriebes der unnumerirten Lohnfuhrwagen ihre Erledigung finden, vollinhaltlich Kenntniß zu geben und derselben bei diesem Anlasse Nachstehendes zu eröffnen:

Auf den Vorschlag dieser Genossenschaft, daß die unnumerirten Lohnfuhrwagen mit einer an der linken Seite des Kutschbockes, also äußerlich sichtbaren Marke in Form eines den Namen und Standort des Eigenthümers enthaltenden Metallknopfes oder einer dergleichen Metallplatte zu versehen seien, konnte vorläufig nicht eingegangen werden. Die Frage einer äußerlich sichtbaren Markirung dieser Lohnwagen ist schon zur Zeit der Erlassung der eingangs erwähnten Statthaltereiverordnung vom Jahre 1874 vielfach erörtert und schon damals zur Vermeidung einer bedenklichen Schädigung der Interessen des Lohnfuhrergewerbes im negativen Sinne entschieden worden.

Die Verhältnisse haben sich seither nicht geändert, und die Markfirung der unnumerirten Lohnwägen in der für Wien schon bestehenden Weise wird, wenn sie jetzt auf den ganzen Polizeirayon ausgedehnt wird, für genügend angesehen, um eine Evidenz und wirksame Controle dieser Wägen herzustellen, beziehungsweise zu ermöglichen, zumal mit dieser Maßregel zugleich auch die ausschließliche Verwendung von mit Fahrholleten versehenen Kutschern für den ganzen Polizeirayon verordnet wird. Auch läge kein triftiger Grund vor, die Lohnfuhrwerksinhaber in den Vororten anders zu behandeln als jene in Wien, und verspricht vielmehr eine einheitliche Behandlung einen entsprechenden Erfolg.

Was das weitere Begehren der Genossenschaft betrifft, daß die Befugniß zum Betriebe des Lohnfuhrgewerbes nur nach Einzellicenzen für jeden Wagen verliehen werde, so eignet sich dieses Begehren nicht zur Willfährung, weil das Lohnfuhrgewerbe in Wien wie in den Vororten ein freies Gewerbe und als ein Ganzes anzumelden und die Anzahl der im Gewerbe verwendeten Wägen lediglich für die Steuerbemessung von Belang ist. Der von der Genossenschaft gewünschte Erfolg müßte zur Folge haben, daß für jeden Lohnfuhrwerksinhaber so viele Gewerbescheine auszufertigen wären, als er Wägen im Betriebe hat, und wäre im Gesetze nicht begründet.

Die Hauptbeschwerde der Genossenschaft ist jedoch gegen den ungleichen Vorgang in der Besteuerung der Lohnwägen in Wien einerseits und in den Vororten anderseits gerichtet, insoferne die Erwerbsteuer in Wien stets mit dem Vielfachen des für einen Wagen bestehenden Steuerfahes, in den Vororten aber ohne Rücksicht auf die Ziffer der Wägen nach dem Umfange des Gewerbebetriebes im Ganzen und zwar nach Ansicht der Genossenschaft in den Vororten zu gering bemessen wird.

Die Grundhaltigkeit dieses Theiles der Beschwerde rüchichtlich des Vorganges und des Ausmaßes der Besteuerung zu prüfen und etwa erforderliche Abhilfe zu treffen, entzieht sich vollständig dem Wirkungskreise der politischen Behörde, und muß es der Genossenschaft anheimgestellt bleiben, diesfalls an competenter Stelle ihre Schritte zu machen.

Hiedurch erhält der Bericht vom 21. April 1884, Z. 151800, seine Erledigung, und werden dem Magistrate im Anschlusse die sämtlichen die Angelegenheit betreffenden Verhandlungsacten zur Aufbewahrung übermittelt.

16.

Erlaß der k. k. Finanz-Landes-Direction vom 29. April 1885, Z. 2480, betreffend Directiven rüchichtlich der Nachsichtsveranlassung von Steuerrückständen und der Behandlung der Steuerzufristungsgesuche.

Der Bericht vom 12. Jänner 1885, Z. 7622, über die zur Depurirung der Steuerrückstände getroffenen Verfügungen wird bezüglich der Errichtung eines eigenen Departements zu diesem Zwecke und der zur Unterbrechung der Verjährung der Steuerrückstände getroffenen Vorkehrungen zur befriedigenden Kenntniß genommen.

Wenn die n. ö. Finanz-Landes-Direction auch bereit ist, den dortigen auf die ehefte Depurirung der älteren Steuerrückstände abzielenden Anträgen die thunlichste Beachtung und das bereitwilligste Entgegenkommen zu schenken, so ist sie sowohl aus dienstlichen als auch sachlichen Motiven nicht in der Lage, der gestellten Bitte, die unterstehenden Steuer-

administrationen anzuweisen, die dortigen in die hierortige oder die Competenz des hohen k. k. Finanzministeriums fallenden Abschreibungsanträge ohne vorherige Ueberprüfung zur höheren Entscheidung vorzulegen, zu entsprechen.

Es dürfte diesem Uebelstande jedoch wohl am besten dadurch begegnet werden, daß die Nachsichtsanträge vor der Vorlage von Seite des Magistrates selbst nach jeder Richtung einer genauen Prüfung unterzogen werden, und daß die die Uneinbringlichkeit nachweisenden Executionsacten möglichst vollständig und chronologisch geordnet beigefügt werden.

Auch wäre, was bisher in den meisten Fällen vermißt wurde, auf den Nachsichtstabellen anzugeben, ob und von welchem Zeitpunkte an das Gewerbe gelöscht erscheint, und sind in dem Falle, wenn ein Gewerbetreibender zu mehreren Assignationszahlen mit Rückständen aushaftet, sämmtliche zu den einzelnen Assignationszahlen aushaftenden Rückstände in eine Nachsichtstabelle aufzunehmen.

Ein besonderes Augenmerk wäre ferner den immer mehr anwachsenden Fristgesuchen zu widmen. Vor Allem ist darauf zu achten, daß alle Rubriken der Fristtabelle ordnungsmäßig ausgefüllt werden, wobei sich in der Ausweisung der zuzufristenden Rückstände genau an das Ansuchen der Partei zu halten ist, so zwar, daß wenn die Partei z. B. nur um Zufristung der Rückstände aus dem Jahre 1884 ansucht, nicht auch 1885er Rückstände in die Tabelle aufgenommen werden. Die Aufnahme von noch nicht fälligen Steuerbeträgen, wie dies in neuerer Zeit häufig vorkommt, ist aber jedenfalls zu vermeiden.

Auch erscheint es wünschenswerth, daß in der Tabelle die früheren Fristbewilligungen, jedoch nicht unter Auführung der Zahl des magistratischen Antrages, sondern jener des h. o. Erlasses ersichtlich gemacht werden.

Ebenso ist sich in den nach dem h. o. Erlasse vom 20. Jänner 1882, Z. 47.948, binnen acht Tagen zu erstattenden Anträgen, was den Beginn der angesuchten Ratenzahlungen anbelangt, genau an das Parteiensuchen zu halten, und ist derselbe nicht ohne Grund auf einen späteren Zeitpunkt hinauszuschieben.

Auch wird, um eine raschere Depurirung der älteren Steuerrückstände zu erzielen, dort, wo es nur immerhin möglich ist, auf die sogleiche Einzahlung der mehr als zweijährigen Rückstände zu dringen sein.

Uebergehend auf die Behandlung der bewilligten oder zurückgewiesenen Fristgesuche, so muß vor Allem ein großes Gewicht auf die Evidenthaltung derselben gelegt werden, und ist jederzeit, auch wenn dies speciell nicht angeordnet worden sein sollte, sobald auch nur eine der bewilligten Raten oder die laufende Steuer nicht pünktlich entrichtet werden sollte, der ganze noch aushaftende Rest sofort executiv einzutreiben.

Ebenso ist in den Fällen, wo von dieser Finanz-Landes-Direction die Durchführung der Execution angeordnet wird, diesem Auftrage sofort zu entsprechen und sich nicht, wie dies häufig beobachtet wurde, lediglich auf die Sicherstellung der Rückstände zu beschränken.

Sollten sich der Durchführung der Execution Hindernisse in den Weg stellen oder besondere Umstände eintreten, welche gegen die strenge Durchführung der Execution sprechen, so ist sofort unter Darstellung dieser Verhältnisse die hierortige Entscheidung einzuholen.

Im Allgemeinen ist unausgesetzt das Augenmerk darauf zu richten, daß das Anwachsen der Steuerrückstände, insbesondere bei säumigen Steuerzahlern, mit aller gesetzlich zulässigen Strenge hintangehalten wird.

Bei Beobachtung dieser Grundsätze dürfte es wohl in nicht ferner Zeit gelingen, einen geregelten Gang in die Steuereinzahlung zu bringen und die derzeit bestehenden noch immer bedeutenden Steuerrückstände auf einen im Verhältniß zur Vorschreibung stehenden geringeren Betrag herabzudrücken.

II.

Gemeinderathsbeschlüsse.

Vom 17. März 1885, Z. 6812.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen:

1. Es ist die Stelle eines städtischen Beleuchtungsinspectors, welche mit 1400 fl. Gehalt, 30% Quartiergeld und zwei Quinquennalzulagen à 200 fl. zu dotiren ist, zu creiren.

2. Der Beleuchtungsinspecteur soll dem Hilfsstatus des Stadtbauamtes angehören und dem Chef des Beleuchtungsbureaus unterstellt werden.

3. Zur Erlangung dieser Stelle, welche im Wege eines allgemeinen Concurfes zu besetzen sein wird, ist nebst den allgemeinen Erfordernissen zur Erlangung einer Communalanstellung noch erforderlich:

a) der Nachweis der mit gutem Erfolge absolvirten Studien an einer Hochschule (nicht bloß österreichischen);

b) der Nachweis einer längeren entsprechenden Praxis im Beleuchtungswesen.

4. Die fragliche Stelle ist vorerst nur provisorisch auf ein Jahr zu besetzen. Bei besonders hervorragender Qualification des Bewerbers behält sich der Gemeinderath vor, die definitive Anstellung sofort eintreten zu lassen.

Vom 17. März 1885, Z. 6988.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen, den Magistrat aufmerksam zu machen, daß in Zukunft bei Ausschreibung des Concurfes für Freiplätze im Conservatorium ausdrücklich zu erwähnen ist, daß bei Verleihung dieser Freiplätze solche Bewerber, welche sich dem Studium der höheren theoretischen Disciplinen oder seltener gepflegter Orchesterinstrumente widmen und in Ermanglung solcher zunächst Schüler der übrigen Instrumental-, dann jene der Gesangsklassen unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug erhalten.

Vom 17. März 1885, Z. 1088.

Nach dem übereinstimmenden Antrage der V. und VII. Section wird beschlossen:

1. Die Gemeinde Wien gründet behufs Unterbringung von verwahrlosten, in Wien zuständigen oder denselben gleichzuhaltenden, als heimatlos zugewiesenen jugendlichen Individuen in dem Franz Josef-Jugendashle zu Weinzierl vorläufig für die Jahre 1885, 1886 und 1887 ganze Freiplätze à 180 fl. und halbe Freiplätze à 90 fl.

2. Die Zahl der Freiplätze wird für das Jahr 1885 auf 20 ganze und 20 halbe, für die Jahre 1886 und 1887 auf 25 ganze und 25 halbe Freiplätze festgesetzt.

Mit der Besetzung der Plätze ist im April 1885 zu beginnen und hat dieselbe successive zu erfolgen; für die durch die Besetzung der Plätze im Jahre 1885 erwachsende Auslage per rund 3600 fl. wird ein Zuschußcredit in gleicher Höhe zur Rubrik IX 5 des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes bewilligt.

3. Der Magistrat, welchem die Besetzung dieser Freiplätze überlassen wird, hat sich diesfalls mit dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung des Franz Josef-Jugendasyles ins Einvernehmen zu setzen und die sonst nothwendigen Einleitungen zu treffen.

Vom 20. März 1885, Z. 24.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen, für den Centralviehhof das Arbeiterpersonale in nachfolgender Weise zu reguliren.

I. Dieses Arbeiter- respective Wächterpersonale hat zu bestehen:

a) aus	7 Nachtwächtern mit einem Taglohne von je	1 fl. 50 fr.
b) aus	6 Tagwächtern mit einem Taglohne von je	1 fl. 30 fr.
c) aus	1 Wasserleitungs-, Beleuchtungs- und Canalaufseher mit einem
Taglohne von	1 fl. 50 fr.
d) aus	18 Arbeitern mit einem Taglohne von je	1 fl. 10 fr.
e) aus	4 Taglöhnern zur Straßenäuberung von je	1 fl. — fr.
f) aus	2 Weibern mit einem Taglohne von je	— fl. 80 fr.

zusammen 38 Individuen.

II. Dem Gas- und Wasserleitungsaufseher und dem Tagwächter beim Hauptportale sind Wohnungen am Viehmarkte, und zwar dem ersteren die Localitäten top. Nr. 1, 2, 3 auf dem alten Contumazmarkte, und dem letzteren die Localitäten top. Nr. 146 und 147 im Marktaufsichtsgebäude unentgeltlich, jedoch unter Vorbehalt des Widerrufs, zuzuweisen.

III. Zur Besorgung des Waagdienstes an Markttagen sind wie bisher die Wächter sowohl als auch die hiezu brauchbaren Arbeiter zu verwenden, ohne daß die dabei verwendeten Individuen hiefür eine besondere Entlohnung erhalten.

IV. Die Tagwächter haben auch bei der Reinigung der ihnen zugewiesenen Objecte mitzuwirken.

V. Für die 7 Nachtwächter sind 7 Lodenröcke mit Capuzen unter Fixirung einer zweijährigen Tragdauer beizustellen.

Vom 20. März 1885, Z. 839.

Nach dem Sectionsantrage wird die Stelle eines Wärters und eines Wärtergehilfen für die Personenaufzüge im neuen Rathhause creirt. Diese Stellen sind provisorisch mit einem Monatslohn von 50 fl. und gegen vierzehntägige Kündigung, beziehungsweise mit einem Taglohne von 1 fl. 30 fr. zu besetzen und dem dem Bauamte unterstehenden Status des Aufsichts- und Reinigungspersonales für das neue Rathhaus beizufügen. Für die Aufnahme sind die §§. 1—3 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten und Diener maßgebend, und ist von den Bewerbern um diese Stelle die Erlernung des Maschinenschlossergewerbes und eine mindestens zweijährige praktische Verwendung in diesem Gewerbe nachzuweisen. Der bereits provisorisch als Aufzugswärter verwendete K. K. ist zu belassen. Die Gehilfenstelle ist erst nach Inbetriebsetzung der Aufzüge zu besetzen.

Vom 20. März 1885, Z. 1011.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen, behufs bleibender Zuweisung eines fünften Amtsdieners für die Gemeindefanzlei im X. Bezirke den Stand der Aushilfsdiener um eine Stelle mit dem Taglohne von 1 fl. zu vermehren.

Vom 20. März 1885, Z. 8298.

Nach dem Sectionsantrage wird dem Forstadjuncten des Fondsgutes Ebersdorf, Karl Prohaska, zu seinem Jahresgehälte per 500 fl. und unter Belassung seiner Nebenbezüge eine nach Maßgabe der Erhöhung der systemisirten Bezüge zu restringirende und bei der Pensionirung oder Quiescirung nicht anrechenbare jährliche Gehaltszulage von 200 fl. bewilligt.

Vom 24. März 1885, Z. 1324.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen, den Beamten des städtischen Marktcommissariates mit Rücksicht auf ihren besonders anstrengenden und aufreibenden Dienst die nach §. 5 des Pensionsnormale nur jenen Beamten, zu deren definitiver Anstellung die Absolvirung von Fachstudien einer Hochschule vorgeschrieben ist, zustehende Begünstigung zu gewähren, wonach mit jedem über das 10. Dienstjahr weiter im Dienste vollstreckten Jahre der Ruhegehalt um 2½ Percent steigt.

Vom 24. März 1885, Z. 764.

Nach dem Sectionsantrage wird zur Kenntniß genommen, daß die k. k. n. ö. Statthalterei mit dem Erlasse vom 13. December 1884, Z. 5712, nachfolgenden Nachtrag zu dem Stiftbriefe der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens, sowie zur Geschäftsordnung des Curatoriums dieser Stiftung genehmigt hat:

Nachtrag zu dem Stiftbriefe.

Nachdem in dem vorstehenden Stiftbriefe der Fall der Auflösung des Gemeinderathes der Stadt Wien oder der n. ö. Handels- und Gewerbekammer nicht vorgesehen ist, hat das Curatorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens auf Grund des Absatzes 8 des vorstehenden Stiftbriefes in seiner Sitzung vom 4. November 1884 folgende Abänderung, beziehungsweise Ergänzung beschlossen:

„Wenn eine Auflösung des Gemeinderathes oder der n. ö. Handels- und Gewerbekammer stattfindet, so erlischt dadurch das Mandat der aus der betreffenden Körperschaft in das Stiftungscuratorium entsendeten Mitglieder.

„In diesem Falle können die in dem Curatorium verbliebenen Mitglieder nicht nur an Stelle der Austretenden eine gleiche Anzahl neuer Mitglieder wählen, sondern auch die Wahl derjenigen sieben Personen vornehmen, welche weder dem Gemeinderathe, noch der n. ö. Handels- und Gewerbekammer angehören, insoferne deren Mandat abläuft.

„Die diesbezüglichen Wahlacte sind in einer eigens zu diesem Behufe angeordneten Sitzung zu vollziehen, bei welcher die Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern und eines Vorsitzenden erforderlich ist. Gewählt können nur solche Personen werden, welche in Wien wohnen, und die, wenn der Gemeinderath aufgelöst worden ist, nicht der n. ö. Handels- und Gewerbekammer, und wenn die letztere aufgelöst worden ist, nicht dem Gemeinderathe angehören.

„Die in dieser Weise vollzogenen Wahlen gelten nur insolange, bis die Körperschaft, welche aufgelöst wurde, nach ihrer Neuconstituierung wieder in der Lage ist, aus ihrer Mitte Mitglieder in das Stiftungscuratorium zu entsenden. Sobald dies der Fall ist, sind sofort von den aus dem Gemeinderathe und der n. ö. Handels- und Gewerbekammer in das Curatorium entsendeten Mitgliedern jene Curatoren für den Rest der Mandatsdauer neu zu wählen, welche weder der einen noch der anderen Körperschaft angehören dürfen.“

Nachtrag zu der Geschäftsordnung.

Mit Rücksicht auf die von dem Curatorium beschlossene und stiftungsbehördlich genehmigte Abänderung, beziehungsweise Ergänzung des Stiftbriefes über die Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens hat das Curatorium auf Grund des Absatzes 7 des Stiftbriefes und der §§. 18 und 19 der Geschäftsordnung in Ergänzung des §. 8 der vorstehenden Geschäftsordnung beschlossen, daß im Falle einer Auflösung des Gemeinderathes der Stadt Wien oder der n. ö. Handels- und Gewerbekammer die Ergänzung des Stiftungscuratoriums in der Weise zu erfolgen hat, wie sie in der Nachtragsclausel vom 30. November 1884 zu dem Stiftbriefe vorgeschrieben ist.

Vom 24. März 1885, Z. 6652.

Nach dem mit dem Magistratsantrage übereinstimmenden Commissionsantrage und in theilweiser Abänderung des Antrages der VII. Section wird genehmigt, daß für die bei der städtischen Feuerwehr diensthabenden zwei Wasserleitungsaufseher 6 Mittel à 2 fl. 2 kr., 6 Hosen à 1 fl. 45 kr., aus Zwilch, ferner 4 Mäntel beige gestellt werden, welche bei der Feuerwehr in Verwahrung bleiben und nur im Löschdienste benützt werden dürfen.

Die Mittel sind mit einjähriger Tragdauer, die Mäntel mit dreijähriger Tragdauer zu verwenden, und hat das Feuerwehrcommando die Haftung für die Sachen zu übernehmen.

Weiters sind an alle 30 Wasserleitungsaufseher 30 Stück Kappen à 95 kr. zu vertheilen.

Mit obiger Tragdauer belaufen sich die jährlichen Auslagen auf 49 fl. 32 kr., in jedem dritten Jahre wegen Anschaffung der Mäntel mit den Kosten von 50 fl. 56 kr. auf 99 fl. 88 kr.

Vom 24. März 1885, Z. 1310.

Nach dem Sectionsantrage wird entgegen dem Magistratsantrage dem Weltsprache-Verein „Volapük“ die Benützung eines Lehrzimmers an der städtischen Mädchenschule, V. Bezirk, Roslergasse Nr. 1, zu Unterrichtszwecken dieses Vereines unter den üblichen Bedingungen gegen Widerruf gestattet.

Vom 26. März 1885, Z. 1037.

Nach dem mit dem Magistratsantrage übereinstimmenden Sectionsantrage wird beschlossen, principiell bei Uebernahme von Steinzeugrohrkanälen, welche von Privaten in öffentlichen, nicht canalisirten Straßen hergestellt worden sind, außer einer zweckmäßigen Construction, einer genügenden Dimension und einem entsprechenden Gefälle, dann einem guten Bauzustande noch die praktische Erprobung während eines vollen Jahres in der Art zu verlangen, daß die Uebernahme erst dann factisch erfolgen kann, wenn sich auch während dieses Jahres die Functionsfähigkeit andauernd bewährt hat.

Dagegen wird die Vergütung von Herstellungs- oder Reparaturkosten für erst in die Erhaltung der Gemeinde Wien zu übernehmende Privatcanäle in öffentlichen Straßen überhaupt principiell abgelehnt.

Vom 26. März 1885, Z. 282.

Nach dem Sectionsantrage wird, entgegen dem Magistratsantrage, der Gemeinderathsbeschluß vom 17. August 1883, Z. 2004, wonach den Traiteuren in den städtischen Versorgungsanstalten das Recht des freien Branntweinverkaufes entzogen und angeordnet wurde, daß Branntwein an Pfründner nur gegen ein hausärztliches Certificat verabsolgt werden dürfe, mit Rücksicht auf den durchwegs ungünstigen Erfolg, welchen diese Maßregel nach den Berichten der Versorgungshausverwaltungen nach sich gezogen hat, aufgehoben und den Traiteuren in den Versorgungshäusern nunmehr wieder wie vor dem gedachten Gemeinderathsbeschlusse der freie Verkauf von Branntwein gestattet.

Vom 31. März 1885, Z. 8214.

Nach dem Sectionsantrage wird beschlossen, das Ansuchen des Pfarrers zu St. Leopold im II. Bezirke, Wenzel Weltzwich, um den Genuß der Trautsohn-Falkenstein'schen Stiftung abzuweisen, da weder ein stiftungsmäßiger, noch ein auf einem anderen Rechtstitel sich gründender Anspruch vorhanden ist. Dagegen wird dem Bittsteller, insolange der Gemeinde Wien das Patronat über die Kirche St. Leopold zusteht und insolange sich Pfarrer Weltzwich im Besitze dieser Pfarre befindet, ein freiwilliger Zuschuß zu Pfarrdotacion im jährlichen Betrage von 84 fl. vom Tage der Installation (25. Mai 1884) aus den eigenen Geldern bewilligt.

Die städtische Buchhaltung hat die betreffende Post im Ausweise über die Beneficien und Stiftungen im Sinne dieses Beschlusses richtigzustellen.

Vom 31. März 1885, Z. 1357.

Nach dem Sectionsantrage wird in theilweiser Abänderung eines Antrages der Gartenüberwachungs-Commission dem Stadtgärtner Gustav Sennholz ein continuirlicher Handverlag von 100 fl. zur Bestreitung von dringenden Auslagen gegen dem bewilligt, daß Anschaffungen von Blumen, Pflanzen zc. aus dem Auslande wie bisher im Wege der schriftlichen Bestellung nach vorher eingeholter Genehmigung zu effectuiren sein werden, und daß strenge dafür Sorge zu tragen ist, daß aus diesem Handverlage keine Ausgabe gemacht werde, welche nicht im Gartenpräliminare überhaupt und mit Rücksicht auf die im laufenden Jahre noch bevorstehenden präliminirten Auslagen auf der bezüglichen Position ihre vollständige Deckung findet. Die Beistellung einer Handcassa wird abgelehnt.

Vom 31. März 1885, Z. 1147.

Nach dem mit dem Magistratsantrage übereinstimmenden Sectionsantrage wird beschlossen, im I. Bezirke den aus Anlaß der Vorkehrungen gegen das Auftreten der Cholera-epidemie in Verwendung genommenen zweiten, durch das Auflassen der obigen Vorkehrungen dormalen überzählig gewordenen provisorischen Sanitätsaufseher mit Rücksicht auf die erhöhten Anforderungen des Sanitätsdienstes auch noch fernerhin in Verwendung zu belassen.

Vom 31. März 1885, Z. 114.

Nach den übereinstimmenden Anträgen der V. und VII. Section wird beschlossen, den mit der Leistung des sogenannten Haupt-, beziehungsweise Nachdienstes im städtischen Auhl- und Werkhause abwechselnd betrauten zwei Anstaltsbediensteten vom 1. Jänner 1885 an eine Diensteszulage von täglich 60 fr. zu bewilligen.

Vom 8. April 1885, Z. 6927.

Nach dem Sectionsantrage wird über den vom Gemeinderath Dr. M. in der Budgetdebatte pro 1885 gestellten Antrag auf Auflösung der Convertirungscommission und Zuweisung ihrer Agenden an die VII. Section beschlossen, unter Aufrechterhaltung der den Wirkungsbereich der Convertirungscommission normirenden Gemeinderathsbeschlüsse vom 10. December 1861 und 26. April 1881 diese Commission fortbestehen zu lassen.

Die Convertirungscommission hat zu bestehen aus fünf Mitgliedern, und zwar aus dem jeweiligen Obmann der VII. Section und aus vier von dieser Section aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern. Den Sitzungen sind beizuziehen der Magistratsdirector, der städtische Oberbuchhalter, der magistratische Cassenreferent und der Director der städtischen Hauptcassa; die vier letztgenannten haben nur beratende Stimme.

Sitzungen der Convertirungscommission können nur in Anwesenheit des Bürgermeisters oder falls dieser verhindert ist, nur in Anwesenheit des Bürgermeister-Stellvertreters stattfinden.

Vom 10. April 1885, Z. 2596.

Bezüglich der Regulirung der Subalternbeamten im Conceptsstatus, in der Buchhaltung, in der Kanzlei und in der Registratur, sowie über einige damit zusammenhängende Systemisirungen wird Nachfolgendes beschlossen:

I. Bezüglich des Conceptsstatus.

Die Concipisten sind in 4 Gehaltsstufen einzureihen, und zwar:

13	in die 1. Gehaltsstufe mit	1400 fl. Gehalt
12	" " 2. " " "	1300 " "
12	" " 3. " " "	1200 " "
13	" " 4. " " "	1100 " "

und 30 Percent Quartiergeld.

Die Gehalte der Conceptsadjuncten werden in beiden Gehaltsstufen um je 100 fl. erhöht, so daß:

6	Conceptsadjuncten in der 1. Gehaltsstufe	900 fl. und
6	" " " " 2. " "	800 " Gehalt

und 30 Percent Quartiergeld beziehen werden.

Der neue Status ist aus nachfolgendem Schema zu ersehen:

Diensteseigenschaft		Stellen	Gehalt
Magistratsdirector		1	4500
Magistrats-Vicedirector		1	3500
Magistratsräthe	1. Gehaltsstufe	8	3000
"	2. "	8	2700
"	3. "	8	2400
Secretäre	1. "	12	2000
"	2. "	12	1800
"	3. "	13	1600
Concipisten	1. "	13	1400
"	2. "	12	1300
"	3. "	12	1200
"	4. "	13	1100
Conceptsadjuncten	1. "	6	900
"	2. "	6	800
Conceptspraktikanten		10	600
		135	

II. Bezüglich der Buchhaltung.

Die Zahl der Revidenten wird unter Einziehung der Stelle eines Registrators auf 12 erhöht, wovon 6 einen Gehalt von 1600 fl. und 6 einen Gehalt von 1500 fl. zu beziehen haben.

Der Beamte, welcher dormalen die Stelle eines Registrators versieht, ist unter Belassung seines Titels unter die Revidenten einzureihen.

Die Rechnungsofficiale der I. Classe werden auf 18 erhöht und in 3 Gehaltsstufen in der Weise eingetheilt, daß

6	Officiale	einen Gehalt von		1400 fl.
6	"	"	"	1300 " und
6	"	"	"	1200 "

beziehen.

Die Accessisten werden unter Erhöhung ihrer Zahl auf 11 in zwei Gehaltsstufen eingetheilt, und es erhalten die 5 Accessisten der 1. Gehaltsstufe 800 fl., die 6 Accessisten der 2. Gehaltsstufe 700 fl. Gehalt. Die Zahl der Praktikanten wird auf 10 und ihr Adjutum auf 500 fl. erhöht.

Der neue Status ist aus nachfolgendem Schema zu ersehen:

Diensteseigenschaft		Stellen	Gehalt
Oberbuchhalter		1	3500
Buchhalter		1	2600
Rechnungsräthe	1. Gehaltsstufe	4	2000
"	2. "	5	1800
Revidenten	1. "	6	1600
"	2. "	6	1500
Officiale I. Classe,	1. "	6	1400
" I. " 2.	"	6	1300
" I. " 3.	"	6	1200
" II. " 1.	"	8	1100
" II. " 2.	"	8	1000
" II. " 3.	"	8	900
Accessisten	1. "	5	800
"	2. "	6	700
Praktikanten mit 500 fl. Adjutum		10	
		86	

III. Bezüglich des Kanzleistatus.

In diesem Status wird eine vierte Adjunctenstelle (für das Steuer- und Gewerbe-Expedit) neu creirt und der Gehalt der Directionsadjuncten in der Weise festgesetzt, daß 2 einen Gehalt von 1800 fl. und 2 einen Gehalt von 1600 fl. zu beziehen haben.

Die Officiale der I. Classe werden in drei Gehaltsstufen getheilt, und es erhalten

6 Officiale		1400 fl.
6 "		1300 " und
6 "		1200 " Gehalt.

Die Zahl der Officiale II. Classe wird auf 36 erhöht, und es haben

6 Officiale der 1. Gehaltsstufe		1100 fl.
10 " " 2. "		1000 "
10 " " 3. "		900 " und
10 " " 4. "		800 " Gehalt.

Die Zahl der Accessisten wird ohne Aenderung ihrer Bezüge in jeder Gehaltsstufe um vier vermehrt.

Die Zahl der Praktikanten wird auf 130 erhöht, wovon

65 ein Adjutum von		480 fl. und
65 " " "		360 " beziehen.

Die mit Gemeinderathsbeschuß vom 5. November 1878 creirten 16 Aspirantenstellen, sowie 9 Kanzleidiurnistenstellen werden aufgelassen.

Der neue Status ist aus nachfolgendem Schema zu ersehen:

Diensteseigenschaft	Stellen	Gehalt
Director	1	2000
Directionsadjuncten	2	1800
"	2	1600
Officiale I. Classe, 1. Gehaltsstufe	6	1400
" I. " 2. "	6	1300
" I. " 3. "	6	1200
" II. " 1. "	6	1100
" II. " 2. "	10	1000
" II. " 3. "	10	900
" II. " 4. "	10	800
Accessisten 1. "	13	700
" 2. "	13	600
Praktikanten mit 480 fl. Adjutum	65	
" " 360 " "	65	
	215	

IV. Bezüglich des Registraturstatus.

Im Status der städtischen Registratur wird der Gehalt für die bereits bestehende Directionsadjunctenstelle auf 1800 fl. erhöht, eine zweite Adjunctenstelle mit 1600 fl. Gehalt creirt und die Kategorie der Registranten in der Weise regulirt, daß

3 Registranten I. Classe, 1. Gehaltsstufe	1400 fl.
3 " I. " 2. "	1300 " und
3 " I. " 3. "	1200 " Gehalt beziehen.

In den vier Gehaltsstufen der II. Classe erhalten

3 Registranten	1100 fl.
4 "	1000 "
4 "	900 " und
4 "	800 " Gehalt.

Der neue Status dieses Amtes ist daher folgender:

Diensteseigenschaft	Stellen	Gehalt
Director	1	2000
Directionsadjunct	1	1800
" "	1	1600
Registranten I. Classe, 1. Gehaltsstufe	3	1400
" I. " 2. "	3	1300
" I. " 3. "	3	1200
" II. " 1. "	3	1100
" II. " 2. "	4	1000
" II. " 3. "	4	900
" II. " 4. "	4	800
Accessisten 1. "	4	700
" 2. "	4	600
	35	

Ferner faßt der Gemeinderath folgende Beschlüsse:

1. Die erhöhten Bezüge sind vom 1. Mai 1885 an flüssig zu machen.
2. Das den Betrag von 30.000 fl. überschreitende Mehrerforderniß wird auf den Reservefond verwiesen.
3. In Betreff der Besetzung der im Conceptusstatus, in der Buchhaltung, in der Kanzlei und in der Registratur neu systemisirten Stellen im Wege der Einreihung, resp. der Gradualvorrückung und Beförderung hat der Magistrat, resp. der Oberbuchhalter demnächst Vorschläge zu erstatten.

Berichtigung.

In der Ministerialverordnung vom 15. Jänner 1885, R. G. Bl. Nr. 12, betreffend die Aufsichtsbezirke für die Amtshandlungen der Gewerbe-Inspectoren (Heft Nr. 2, Seite 36), ist unter dem Titel „Achter Aufsichtsbezirk“ nach der Bezirkshauptmannschaft Sternberg einzuschalten: „Weißkirchen.“